

nige, die wir jetzt beschlossen haben, dann auch umgesetzt werden. Es wird im Moment vieles versprochen, es wird gesagt, es werde funktionieren, aber ob es wirklich überall funktioniert, haben wir dann noch sorgfältig zu beobachten. Wir sollten uns irgendwie im Gleichschritt mit der internationalen Gemeinschaft bewegen.

Wir werden genau zu dieser Frage wahrscheinlich dieses Jahr oder Anfang des nächsten Jahres einen Bericht erhalten, der die internationale Entwicklung aufzeigen wird. Daher glaube ich nicht, dass es notwendig ist, einen separaten Bericht noch für die Schweiz zu machen. Wenn wir mit diesem Bericht nicht zufrieden sind – was ich zwar nicht glaube –, werden wir hier weitergehen können oder diesen Bericht auf schweizerische Verhältnisse herunterbrechen können.

Eine abschliessende Bemerkung: Ich bin ja schon dafür, dass Sie uns immer wieder mit Aufträgen eindecken. Aber wenn ich sehe, wie stark unsere Leute gerade in diesem internationalen Bereich eingebunden sind, dann haben wir die Kapazitätsgrenzen auch erreicht. Wir können nicht so viele Leute mit solchen Details beschäftigen, sondern wir versuchen im Moment, der grossen internationalen Linie zu folgen und uns daran zu orientieren. Bei allem Verständnis bitte ich Sie doch auch, uns zu verschonen mit immer neuen Berichten, die nicht zu neuen Erkenntnissen führen.

Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.3315/15434)

Für Annahme des Postulates ... 52 Stimmen

Dagegen ... 135 Stimmen

(1 Enthaltung)

16.3316

Postulat Burgherr Thomas.

Langfristig ausgeglichenes Budget

Postulat Burgherr Thomas.

Pour un budget équilibré à long terme

Nationalrat/Conseil national 14.06.17

Burgherr Thomas (V, AG): Ich bin grundsätzlich froh, dass der Bundesrat die Sorge um die Entwicklung des Bundeshaushaltes teilt. Bereits in dieser Legislatur und spätestens ab 2020 werden die Defizite ohne einschneidende Gegenmassnahmen bis zu 2 Milliarden Franken jährlich betragen. Das ist nicht zu verantworten. Genau hier setzt mein Vorstoss an. Der Bundesrat soll in einem umfassenden Bericht darlegen, wie ab 2020 ein zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenes Budget ohne Steuer- und Gebührenerhöhung sowie ohne Kostenabwälzung auf die Kantone und Gemeinden möglich ist. Ein darin enthaltener Katalog soll, möglichst ohne politische Wertung, die erdenklichen Massnahmen enthalten und aufzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen nötig würden.

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen des Stabilisierungsprogramms 2017–2019, die den Bundeshaushalt ausgabenseitig um rund eine Milliarde Franken hätten entlasten sollen, müssen nun mit Abstrichen umgesetzt werden. Die Stellungnahme des Bundesrates zu meinem Postulat ist somit nicht mehr ganz aktuell. Die Frage, was ab 2020 passiert, wird umso dringlicher und sollte frühzeitig aus einer strategischen Perspektive und ohne Scheuklappen angeschaut werden.

Der Bundesrat will ja offenbar dem Parlament konkrete Massnahmen zur Entlastung und langfristigen Stabilisierung

des Haushaltes zum Beschluss unterbreiten. Davon sehe ich aber bis heute noch nicht viel. Mir fehlt eine wirklich tiefgründige und vorausschauende Perspektive, die aufzeigt, wie der Bundeshaushalt wieder in Ordnung gebracht werden kann. Mir fehlt beispielsweise eine umfassende Aufgabenverzichtplanung, und mir fehlt bis jetzt auch ein Massnahmenkatalog zur Reduktion der gebundenen Ausgaben, die ja 2020 bereits 64 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen werden. Hier müssen wir ansetzen.

In seinem Bericht "Gebundene Ausgaben des Bundes" redet der Bundesrat zwar davon, dass eine Reduktion des Anteils der gebundenen Ausgaben in erster Linie leistungsseitige Reformen, das heisst Leistungsabbau oder Aufgabenverzicht, erfordert. Nichtsdestoweniger will er lieber in Bezug auf die AHV und die Kantone entflechten. Das bedeutet aber, dass die Kosten nur auf eine andere Ebene verschoben und die Ausgaben wieder nicht grundsätzlich reduziert werden. Das kann es einfach nicht sein!

Der Bundesrat will gemäss Bericht zu den gebundenen Ausgaben noch dieses Jahr eine Diskussion über strukturelle Reformen und Aufgabenverzicht im gesamten Aufgabenspektrum des Bundes führen. Mein Postulat beauftragt ihn verbindlich, dies zu tun und in einem Bericht festzuhalten, was heute nötig ist. Die Zeit des Sich-Windens und des Vor-sich-Hinschiebens ist endgültig vorbei!

Ich bitte Sie sehr, mein Postulat anzunehmen. Es ist nötig denn je, eine saubere finanzielle Auslegeordnung zu machen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Was Herr Burgherr mit seinem Postulat will, ist eigentlich in der Bundesverfassung mit der Schuldenbremse festgelegt. Wir dürfen nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Damit haben wir auch die laufende Finanzplanung immer wieder zu überarbeiten. Das ist keine exakte Wissenschaft, weil eine Finanzplanung durch verschiedene Faktoren immer wieder geändert werden kann.

Herr Burgherr hat den Umstand angesprochen, dass wir im Finanzplan für 2020 ein strukturelles Defizit von 2 Milliarden Franken ausweisen. Inzwischen haben wir Ausgabenkürzungen beschlossen, und das Volk hat die Unternehmenssteuerreform abgelehnt. Damit liegen wir 2020 ohne weitere Massnahmen wieder innerhalb der Schuldenbremse. Wir werden nicht mehr ausgeben. Wie wir ab 2021 weiterfahren werden, hängt von verschiedenen Beschlüssen auch von Ihnen ab – Steuervorlage 17, Heiratsstrafe, all diese Dinge. Das müssen wir immer wieder planen.

Ich denke nicht, dass eine verbindliche längerfristige Planung tatsächlich Bestand hätte. Es gibt politische Geschäfte, es gibt Beschlüsse, es gibt die Freiheit von Ihnen – Sie haben die Budgethoheit und können die Finanzplanung immer wieder über den Haufen werfen. Aber es ist völlig klar: Sie erhalten ja mit dem Budget jeweils die Finanzplanung für die nächsten Jahre. Sie können im Rahmen dieser Finanzplanung auch Anträge stellen für den Finanzplan. Sie können uns beispielsweise mit dem Budget dieses Jahres Aufgaben erteilen für die Finanzplanung ab 2019/20. Damit haben Sie Steuerungsmöglichkeiten und können Einfluss nehmen.

Für den Bundesrat ist es klar: Wir halten die Schuldenbremse ein, da gibt es kein Wenn und Aber. Wir sehen nicht vor, irgendwelche Gebühren und Abgaben zu erhöhen. Es ist auch völlig undenkbar, dass der Bund Lasten auf die Kantone abschiebt. Da würden Sie sich wehren, und da würden sich die Kantone wehren. Aber, und das müssen wir wissen: In nächster Zeit werden wir mit der Einhaltung der Schuldenbremse in einem angespannten finanziellen Rahmen Budgets ausarbeiten müssen. Daran arbeiten wir ja im Moment, indem wir strukturelle Reformen aufzugleisen versuchen. Da laufen die Arbeiten in der Bundesverwaltung und bei uns Bundesräten auf Hochtouren. Wir versuchen, durch Aufgabenverzicht und strukturelle Reformen für die Jahre ab 2020 mehr Freiheit zu gewinnen und zu schaffen.

Und wenn ich jetzt den erarbeiteten Katalog durchschaue, der im Moment auf meinem Pult liegt, dann weiss ich nicht so sicher, bei wie vielen Vorschlägen wir dann die Mehrheit von Ihnen hinter uns haben werden. Darf ich Sie zudem daran erinnern, dass die allgemeine Zustimmung zu Sparmassnah-

men am Schluss – so habe ich manchmal das Gefühl – die höflichste Form der Ablehnung eines konkreten Vorschlags ist. Hier werden wir einfach zusammenarbeiten müssen. Herr Burgherr verlangt etwas, was wir jährlich mit der Finanzplanung schon erarbeiten. Sie haben die Möglichkeit, hier Einfluss zu nehmen. Die Schuldenbremse hingegen darf nicht angetastet werden – das ist für uns klar. Auch mit der Motion über die Reduktion der gebundenen Ausgaben, die Sie vorher angenommen haben, haben wir ein zusätzliches Mittel, um in diese Richtung zu gehen.

Ich bitte Sie also, das Postulat nicht anzunehmen. Es wird nämlich faktisch mit der Vorlage des Finanzplans erfüllt.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.3316/15435)

Für Annahme des Postulates ... 64 Stimmen

Dagegen ... 123 Stimmen

(0 Enthaltungen)

16.445

Parlamentarische Initiative

Amaudruz Céline.

Keine Aufhebung der Visumpflicht ohne Rückübernahmeabkommen

Initiative parlementaire

Amaudruz Céline.

Pas de levée de l'obligation de visa sans accord de réadmission

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 14.06.17 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Burgherr, Addor, Buffat, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Burgherr, Addor, Buffat, Glarner, Pantani, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)

Donner suite à l'initiative

Amaudruz Céline (V, GE): L'obligation de reprendre les développements de l'acquis de Schengen contraint la Suisse à se soumettre aux aléas de la diplomatie de l'Union européenne. Ainsi, si l'Union européenne et la Turquie conviennent d'un accord sur une exemption de visa pour les citoyens turcs, la Suisse, bien que non-partie à cet accord, devrait elle aussi supprimer l'obligation de visa pour les citoyens turcs.

Je garde à l'esprit que la Suisse et la Turquie se sont entendus sur les termes d'un accord de réadmission facilitant les renvois de personnes, comme l'a annoncé le Secrétaire d'Etat aux migrations. Sa signature n'est toutefois pas encore à l'ordre du jour. Lorsqu'on vous dit que ce n'est pas encore à l'ordre du jour, c'est une façon de dire que cela ne le sera peut-être jamais.

Actuellement, 22 Etats membres de l'Union européenne ainsi que la Norvège, l'Islande et la Suisse appliquent intégralement les dispositions de l'acquis de Schengen. C'est ainsi qu'un ressortissant tchadien peut obtenir un visa Schengen auprès de l'ambassade de France à N'Djaména et circuler librement sur le territoire des 25 Etats composant l'espace Schengen. N'allons pas jusqu'à imaginer que ce ressortissant arrive en Suisse et s'adonne, comme le soulignait un ancien directeur de l'Office fédéral des migrations, à des affaires illégales, comme, par hasard, à du trafic de drogue: on me reprocherait encore de faire des raccourcis. Admettons simplement que cette personne oublie de rentrer au Tchad après la durée de validité de son visa. Comment alors procéder au renvoi rapide de cette personne en situation irrégulière dans son pays? Si tout allait pour le mieux dans le meilleur des mondes possibles, les Etats appliquant le droit coutumier international accepteraient sans formuler d'objections leurs ressortissants sans qu'ils aient à conclure entre eux des accords de réadmission visant à garantir que les personnes en situation irrégulière sur le territoire de l'un des contractants soient réadmissibles le plus rapidement possible dans leur pays. Or, les organes chargés de l'exécution des renvois sont régulièrement confrontés à l'absence de collaboration des Etats. Certains Etats refusent de négocier des conventions portant exclusivement sur la reprise de leurs propres ressortissants et les subordonnent à d'autres exigences, notamment et, par exemple, financières.

Les pays avec lesquels la Suisse a conclu des accords de réadmission ne concernent encore qu'une minorité des Etats officiellement reconnus. Malheureusement, des accords de réadmission font défaut avec de nombreux Etats où les flux migratoires trouvent leurs origines, notamment en Afrique ou au Moyen-Orient.

Le peuple et les cantons suisses, en acceptant l'initiative, qui, je sais, on ne cesse de le répéter, déplaît, contre l'immigration de masse, le 9 février 2014, ont clairement exprimé leur volonté de maîtriser une immigration non seulement massive, mais également incontrôlée. D'ailleurs, le nombre exact de personnes en séjour illégal dans notre pays n'est pas précisément connu, parce qu'elles échappent par nature à la connaissance et au contrôle des autorités. C'est aussi ce nombre élevé et inconnu de personnes séjournant illégalement en Suisse, venant s'ajouter aux étrangers connus des autorités et figurant dans les statistiques officielles, qui a poussé les citoyens à exiger un contrôle accru et une limitation de l'immigration. Supprimer l'exigence des visas sans accord de réadmission contribuera à favoriser le séjour illégal et compliquera le travail des autorités chargées de procéder au renvoi des étrangers au terme de leur séjour légal.

Il n'est pas acceptable que la Suisse exempte de visa des ressortissants d'Etats tiers du seul fait que des négociations entre cet Etat tiers et l'Union européenne ont abouti. Ce critère ne doit pas à lui seul être suffisant pour procéder à l'exemption de visa des ressortissants de ces Etats tiers. C'est pourquoi il convient de mettre fin à une situation désavantageuse pour la Suisse, qui doit admettre sur son sol des personnes qu'elle n'est pas sûre de pouvoir renvoyer au terme légal de leur séjour. Seuls les ressortissants d'Etats ayant signé avec la Suisse des accords de réadmission devraient pouvoir bénéficier de la levée de l'obligation de visa pour entrer en Suisse. Il est possible d'imaginer qu'à l'avenir les accords de réadmission signés par l'Union européenne soient étendus à la Suisse, mais c'est avant tout notre politique vis-à-vis des visas Schengen qui doit évoluer pour empêcher l'entrée sur le territoire national de personnes qui bénéficieraient de la levée de l'obligation de visa alors que la Suisse n'a pas conclu d'accord de réadmission avec leur Etat d'origine.

Je vous remercie de bien vouloir donner suite à mon initiative.

Burgherr Thomas (V, AG): Im Namen der Kommissionsminderheit bitte ich Sie, diesem wichtigen Vorstoss Folge zu geben. Mit der parlamentarischen Initiative 16.445, "Keine Aufhebung der Visumpflicht ohne Rückübernahmeabkommen", wird eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen verlangt, damit in Zukunft eine Aufhebung der Visumpflicht nur